



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (Vom Reichstag und vom nationalen Block. Die Zukunft des Zentrums. Zur Polenfrage. Der Flottenverein.) — (Die österreichischen Wahlen.)

Wir treten allmählich in die parlamentlose Zeit des Jahres ein. Der Reichstag hat sich auf sechs Monate — bis zum 19. November — vertagt, nachdem er nur eben den Etat und die dringendsten kleinern Vorlagen glücklich geborgen hat, und der preußische Landtag, der nicht geringere Mühe gehabt hat, mit seinem Etat zu rechter Zeit fertig zu werden, wird nach Pfingsten nur noch zu einer kurzen Tagung zusammentreten. So bürgert es sich immer mehr ein, daß die Sommerzeit von parlamentarischen Geschäften freibleibt, und dagegen wird sich nichts sagen lassen, wenn nur in den Tagungen, die eine reiche Fülle von Gesetzgebungsstoff zu verarbeiten haben, dafür gesorgt werden könnte, daß der Reichstag etwas früher im Herbst zusammenberufen wird, und nicht erst kurz vor Weihnachten. Durch die Vertagung des Reichstags ist diesmal dafür gesorgt, daß der schon in Angriff genommene Beratungsstoff nicht verloren geht; der Reichstag kann im Herbst seine Arbeit einfach fortsetzen. Wenn diesmal die Tagung nicht geschlossen worden ist, so entsprach das einer Forderung der Billigkeit. Das darf sogar ein Gegner der langen Tagungen und längern Vertagungen zugeben. Die erste Tagung des neuen Reichstags wäre sonst wohl allzukurz und dürftig ausgefallen.

Schon jetzt hat das „hohe Haus“ nicht allzu viel Lob geerntet. Sanguinische Leute haben nach den Wahlen in dem Gedanken geschwelgt: „Nun muß sich alles, alles wenden!“ So schnell aber fahren die Parteien nicht aus der eignen Haut, und darum hat es Enttäuschungen über Enttäuschungen gegeben. Aber es wäre ebenso unrichtig, sich vor der Zeit entmutigen zu lassen. Alle die wichtigen Abstimmungen, bei denen der vorige Reichstag versagte, sind jetzt durch das opferbereite Zusammenhalten des nationalen Blocks zur Zufriedenheit erledigt worden. Wir verdanken dem neuen Reichstage die Möglichkeit verständiger Dispositionen über die letzten Truppenbewegungen in Südwestafrika und die damit in Verbindung stehenden Maßregeln, ferner den Bau der südwestafrikanischen Eisenbahn, deren Verfassung durch die vorige Reichstagsmehrheit dem deutschen Volke unzählige Millionen gekostet hat, endlich die Errichtung des selbständigen Reichskolonialamts als der organisatorischen Grundlage einer sachgemäßen Kolonialverwaltung, die in den Händen des nun schon ernannten Staatssekretärs Dernburg hoffentlich gut aufgehoben sein wird. Das sieht alles nach wenigem aus, weil alle diese folgenschweren Beschlüsse auf dem Gebiete der Kolonialverwaltung in dem großen Kollektivbegriff „Etat“ verschwinden und versinken. Aber man darf nicht vergessen, daß nur durch eine nicht unbedeutende Selbstverleugnung der Mehrheitsparteien die Bedingungen geschaffen werden konnten, wodurch diese scheinbar so einfachen Abstimmungen möglich und erfolgreich wurden. Wer von dem Block Zeichen und Wunder erwartete und den Anbruch des neuen goldnen Zeitalters, wo der Wolf bei dem Lamme ruht, der wird freilich seine Rechnung nicht finden. Wir haben aber an dieser Stelle niemals einen solchen Standpunkt vertreten, sondern uns immer bemüht, die kühle Temperatur der Wirklichkeit richtig zu messen. Noch einmal sei es betont: die „konservativ-liberale Paarung“ kann niemals darin bestehen, daß in allen möglichen, beliebigen Fragen die Parteiunterschiede einfach verwischt werden, sondern nur darin, daß sie in bestimmten nationalen Fragen, die ihrer innern Natur nach über die Parteiprogramme hinausgehoben werden können, so weit zurückgestellt werden, daß ein praktisches Resultat gegenüber einem antinationalen Parteiorganismus erreicht werden kann. Das scheint so einfach, selbstverständlich und fast nichtsagend, aber der praktische Politiker weiß, was bei der Eigenheit politischer Parteienanschauungen für eine Überredungskunst, Geschicklichkeit und Entfagung dahinter-

steckt. Parlamentarische Parteien sind ja nie ganz frei von den Stimmungen der breiten Massen, die hinter ihnen stehn. In diesen aber ist die politische Intelligenz und die taktische Geschicklichkeit nicht zu Hause; in ihnen herrscht der starre Prinzipienreiter, der plumpe Schreier, und das sind doch die Wähler, die zuletzt das Schicksal der politisch verständigen Führer in der Hand haben. Für die eingeschwornen Konservativen aller Art war es eine harte Nuß, vom Regierungstisch die Ankündigung liberaler Zugeständnisse entgegenzunehmen, und es ist hinlänglich bekannt, wie heftig die strengkonservative Presse ihre Polemik gegen den Liberalismus fortgesetzt und die Unzuverlässigkeit der liberalen Bundesgenossen im Block zu betonen nicht aufgehört hat. Auf der andern Seite hatten die liberalen Parlamentarier, die auf den Gedanken des nationalen Blocks eingegangen waren, alle Hände voll zu tun, um das Mißtrauen und die Widerhaarigkeit des eignen Parteitags niederzuhalten. Sie sollten womöglich einen Tag um den andern ihr politisches Glaubensbekenntnis hersagen, und den großen und kleinen Parteikatechismus noch dazu, und dann wurde ihnen außerdem noch in der Parteipresse täglich gepredigt, daß die Konservativen doch immer der eigentliche Feind blieben, und daß sie auf dem Wege der „Paarung“ nur für die Reaktion eingefangen werden sollten. Leicht wird es also den zum Block gehörenden Reichstagsfraktionen nicht gemacht, und man wird es milder beurteilen, wenn sie zwischendurch bei geeigneten Gelegenheiten — Nebensachen und Geschäftsordnungsfragen — auch die rauhe Seite gegeneinander herauskehren. Dann herrscht in dem entsprechenden Teil der Presse großes Vergnügen darüber, daß es nun mit dem Block aus ist, aber die Freude ist vorläufig noch immer verfrüht gewesen, denn in allen Fragen, wo es darauf ankam, hat der Block doch zusammengehalten.

Bei allen Erörterungen über die parlamentarische Lage steht noch immer die große Rätselfrage am Horizont, welches die Zukunft des Zentrums sein wird. Daß der Partei das Grollen und Schmolten auf die Dauer sehr un bequem ist, wird ohne weiteres klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß sie eigentlich keine rechten Angriffspunkte zur Opposition findet. Die Regierung tut dem Zentrum nicht den Gefallen, einen kleinen Kulturkampf in Szene zu setzen. Als das Zentrum im Bewußtsein seiner Macht zu üppig wurde und aus Parteiegoismus eine antinationale Haltung einnehmen zu können glaubte, wurde es mit raschem, energischem Griff aus dem Himmel seiner Hoffnungen gestürzt, und seitdem macht die Regierung ihre Geschäfte nicht gegen das Zentrum, wohl aber — was für die gestürzten Halbgötter viel empfindlicher ist — ohne das Zentrum. Und aus diesem fatalen Zustande findet die Partei noch nicht den rechten Ausweg. Die Schwierigkeiten sind in der Tat groß. Die fortschreitende Demokratisierung hat die Partei auf einen Weg geführt, dessen Gefahren allmählich der loyalen katholischen Bevölkerung klar werden. Solange die Regierung dem starken Druck, den das Zentrum im Parlament ausübte, mehr oder weniger willig nachgab, und das Zentrum selbst noch im Aufsteigen war, hatte die Sache keine große Bedeutung. Aber der Bogen ist einmal überspannt worden, und nun ist aus der anfänglich leicht hin behandelten Frage eine Schicksalsfrage geworden. Für das Auftrumpfen demokratischer Mächte in nationalen Fragen ist im Deutschen Reich noch auf lange hinaus kein Raum, mag man der Sache nun ein konfessionelles Mäntelchen umhängen oder nicht; um diese Erfahrung kommt der deutsche Katholizismus nicht mehr herum. Man hat darauf aufmerksam gemacht, daß Bewegungen, wie die sogenannte „nationalkatholische“ unsrer Tage, schon oft im Zentrum aufgetaucht, aber niemals zur Geltung gekommen sind. Wohl möglich, daß es auch jetzt wieder so kommt. Aber wenn drei oder vier Anläufe mißglücken, so folgt daraus noch nicht mit absoluter Notwendigkeit, daß der fünfte auch mißglücken muß. Im Gegenteil könnte man schließen, daß der immer wieder auftauchende Gedanke anscheinend nicht unterdrückt werden kann, selbst nicht

durch die straffe Organisation, die für ihre politische Sache mit der Macht der katholischen Kirche über Herzen und Gewissen arbeitet. Vor allem ist zu bedenken, daß die jetzige Lage der Zentrumspartei mit keiner frühern verglichen werden kann. Will sie die politische Vertretung der katholischen Bevölkerung Deutschlands bleiben, dann wird sie, da ihr niemand den Gefallen tun wird, einen neuen Kulturkampf anzufangen, notgedrungen ernste Schritte tun müssen, um die klerikale Demagogie in ihren Reihen einzuschränken und in ihrer eigentlichen Führung und in ihrem maßgebenden Teil in ein nationales Fahrwasser einzulenkten. Diese Möglichkeit sollte namentlich unser Liberalismus bei Zeiten ins Auge fassen, damit es ihm nicht begegnet, daß er bei seiner Neigung zum Verharren im unfruchtbaren Doktrinarismus die Reihe der verpaßten Gelegenheiten zu praktisch-politischer Geltung um eine weitere vermehrt.

Wir haben schon früher der Möglichkeit gedacht, daß die Parteiverhältnisse im Reich durch die Entwicklung der preußischen Schulpolitik beeinflusst werden könnten. Im preußischen Landtage haben diese Verhältnisse bis zuletzt noch eine Rolle gespielt; die Schulfrage steht entschieden im Mittelpunkt. Nächstdem ist es die Polenfrage, die am meisten die Geister beschäftigt.

Noch ist der Streik der polnischen Schulkinder nicht zu Ende, obwohl schon seit Monaten ein ständiges, langsames Abflauen der Bewegung festzustellen ist. Gerade in der letzten Woche ist eine bemerkenswerte gerichtliche Entscheidung erfolgt. Die preußische Staatsregierung hat dem Streik gegenüber die sehr richtige Taktik befolgt, nicht mit unnötiger Härte gegen die von Eltern und Geistlichen aufgehetzten und mißleiteten Schulkinder vorzugehen, dafür aber mit desto größerer Konsequenz und Schwere alle Nachteile, die aus der verletzten Ordnung und Autorität entspringen, auf die Eltern und die Gemeinden fallen zu lassen. Daß die Regierung alle gesetzlichen Handhaben, die ihr zu Gebote stehen, rücksichtslos anwendet, wird man in Anbetracht der ungeheuern Gewissenlosigkeit, die in dem Mißbrauch der Kinderseelen zu politisch-agitatorischen Zwecken liegt, durchaus gut heißen können. Die Regierung hat nach dem geltenden Recht die Befugnis, innerhalb des Vermögens der Gemeinde so viel Lehrer anstellen zu lassen, als für die Zwecke eines ausreichenden Unterrichts nötig scheinen. Die Widerspenstigkeit der Kinder nimmt die Kräfte der Lehrer stärker in Anspruch; so hat die Regierung die Folgerung daraus gezogen, daß sie an den Schulen, wo die Kinder die deutschen Antworten im Religionsunterricht verweigern, auf der Anstellung einer größern Zahl von Lehrern besteht. Die Gemeinden haben gegen diese Verfügung, die ihren Geldbeutel empfindlich — übrigens nicht über ihre Kräfte — belastet, beim Obergerichtsverwaltungsgericht geklagt, und die erste entscheidende Verhandlung hat am 14. Mai in der Klagesache der Stadt Koften stattgefunden. Die Klage wurde abgewiesen, das Verfahren der Regierung als zu Recht bestehend anerkannt. Zwei andre Gemeinden, die in derselben Lage sind, haben darauf ihre Klage zurückgezogen, und vielleicht ist zu hoffen, daß diese Heranziehung des Geldbeutels für die Folgen des gesetzwidrigen und moralisch verwerflichen Verhaltens eine gute Wirkung auf den Rest der Streikenden ausüben wird.

Die in der Thronrede angekündigte Polenvorlage an den preußischen Landtag ist bis jetzt noch ausgeblieben. Es scheint wirklich, als ob man innerhalb der preußischen Staatsregierung noch zu keinem Entschluß gekommen sei. Die Beschlüsse des Ostmarkenvereins legten eine erweiterte Anwendung des Enteignungsgesetzes nahe, um die Hindernisse zu beseitigen, die die Polen den Arbeiten der Ansiedlungskommission in den Weg legten. Aber an den maßgebenden Stellen im Vorstande des Vereins verhehlte man sich wohl nicht, welche großen Bedenken dieser Regelung entgegenstanden. Und so ist gerade aus diesem Kreise ein neuer Vorschlag aufgetaucht, nämlich die Einführung eines staatlichen Einspruchsrechts bei allen Landverkäufen im Wirkungsbereich der Ansiedlungskommission. Soll irgendein Vorschlag solcher

Art verwirklicht werden, so ist mindestens im Abgeordnetenhaus eine kompakte Mehrheit notwendig, die dem Zentrum die Wage hält, also die beiden konservativen Fraktionen und die ganze Linke umfaßt. Das hat bei so tief einschneidenden Maßregeln natürlich seine großen Schwierigkeiten. Die Konservativen namentlich scheuen davor zurück, gerade in bezug auf den Grundbesitz ein Vorgehen zu befürworten oder auch nur geschehn zu lassen, das zu jedem beliebigen Zwecke der Allgemeinheit das ganze Eigentumsrecht in Frage stellt. Der linke Flügel der Liberalen geht an alle solche Vorschläge ungern heran, weil ihm dabei die Idee einer Ausnahme-gesetzgebung vorschwebt — was hier übrigens gar nicht in Frage kommt —, und weil er sehr wohl einsieht, daß die Sache in der Praxis nicht ausführbar ist, wenn nicht den Verwaltungsorganen gewisse diskretionäre Befugnisse gegeben werden. Beides aber widerspricht den liberalen Grundsätzen. Zuletzt jedoch wird sich die Notwendigkeit, den Landverkäufen im Osten, durch die fortgesetzt deutsches Land in polnische Hand gebracht wird, einen Keigel vorzuschieben, als so machtvoll erweisen, daß der große Schritt doch einmal versucht werden muß. Und dieser bitteren nationalen Not werden sich wenigstens Konservative, Freikonservative und Nationalliberale auf die Dauer nicht entziehen können. Aber es muß auch offen gesagt werden: allzuviel Zeit, einen Entschluß zu fassen, haben wir nicht mehr; es könnte bald zu spät werden.

Noch möchten wir der Hauptversammlung des deutschen Flottenvereins gedenken, die am 12. Mai in Köln abgehalten worden ist und diesmal von besondrer Bedeutung war. Schon hatten sich Gegner dieser großen Sache im In- und Auslande gefreut, daß die Meinungsverschiedenheiten, die innerhalb des Vereins durch die Beteiligung des Präsidiums am Wahlkampf entstanden waren, zu einer Spaltung führen würden. Die Schadenfreude ist nicht auf ihre Rechnung gekommen. Trotz der scharfen Agitation eines großen Teils der bayrischen Presse haben die deutschgesinnten Männer an der Spitze des bayrischen Landesverbandes, nachdem sie eine Klärung und Aussprache herbeigeführt hatten, die Hand zum Frieden geboten, und so wird der Flottenverein nach wie vor gedeihlich wirken können. Das Erfreulichste dabei ist, daß das gegenwärtige Präsidium ein Vertrauensvotum erhalten hat; darin liegt die Hauptbürgschaft energischer und ungeschwächter Tätigkeit. Denn so gern man anerkennen wird, daß auch das stillere, vorsichtiger Wirken unter allen Parteien seine Verdienste hat, so wird man doch sagen müssen, daß die allzu eng gefaßten Bedenken gegen jedes politische Wirken des Vereins leicht verhängnisvoll werden können. Ein frisches, freundliches Eintreten für die nationalen Grundanschauungen, aus denen das Verständnis für eine starke deutsche Flotte erwächst, wird sich der Verein hoffentlich nicht nehmen lassen.

Die österreichischen Wahlen. Das Ereignis der Woche sind die Wahlen zum österreichischen Reichsrat, die ersten nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht am 14. Mai. Als man in Österreich diesen Sprung ins Dunkle wagte, da war schon die allgemeine Erwartung, daß die bürgerlich liberalen und nationalen Parteien einigermassen geschwächt aus dem Wahlkampfe hervorgehen, und die Hoffnung, daß die nationalen Gegensätze, die ja schon die neue Einteilung der Wahlkreise möglichst auszuspalten suchte, zurückgedrängt werden würden. Diese Erwartungen sind durch den Ausfall der Wahlen weit übertroffen worden. Es hat sich gezeigt, daß die Massen der österreichischen Völker so wenig bürgerlich liberal sind wie die Masse des deutschen Volks, daß sie kirchlich oder sozialdemokratisch, und daß sie der nationalistischen Verheerung gründlich müde sind. Die radikalen Alldeutschen, die auf die Zertürmmerung der alten habsburgischen Monarchie hofften und hinarbeiteten, sind verschwunden, die nicht minder radikalen Jungtschechen, um deren Stimme noch jedes Ministerium mit Konzessionen werben mußte, sind auf eine schwache Fraktion zusammengeschrumpft, die bürgerlich-liberalen und nationalen Parteien werden nur eine schwache Minder-

heit bilden, die Mehrheit wird christlich-sozial oder einfach clerikal und sozialdemokratisch sein, ein Ergebnis, an dem die Stichwahlen schwerlich mehr viel ändern werden. Unzweifelhaft kommt darin die herrschende Stimmung und Gesinnung der österreichischen Völker zum klaren Ausdruck, und insofern wird das neue Abgeordnetenhaus in dem edeln hellenischen Prachtbau Hansens eine wichtige Aufgabe jeder Volksvertretung, ein treues Spiegelbild der Volksmeinung zu sein, erfüllen. Ob auch die zweite, nicht minder wichtige, eine Vereinigung politischer Intelligenz zu sein? Die Demokratie und also auch das allgemeine Wahlrecht ist der Herrschaft der Intelligenz nirgends günstig, und mit welcher Mehrheit soll in Österreich die Regierung regieren? Clerikale und Sozialdemokraten geben nur eine ziffermäßige Mehrheit, aber keine regierungsfähige; eine solche kann das Ministerium Beck nur aus den Clerikalen der verschiedenen Färbung und den bürgerlichen Liberalen der verschiedenen Nationalitäten bilden, und sie wird sich von Fall zu Fall ändern, nur durch fortgesetzte Kompromisse zu gewinnen sein; auch ist es keineswegs undenkbar, daß die Sozialdemokraten, die weniger radikal verrannt und antinational zu sein scheinen als bei uns, gelegentlich für eine solche Mehrheit zu haben sind. Jedenfalls werden im neuen Abgeordnetenhause die nationalen Gegensätze, über die seit vierzig Jahren so unendlich viel Zeit und Kraft zwecklos vergeudet worden ist, nicht mehr im Vordergrund stehen, und die Überwindung dieser Gegensätze bedeutet eine höchst nötige Kräftigung des so schwachen österreichischen Staatsgedankens. Entscheidend ist sie deshalb auch für das Verhältnis zu Ungarn, das bei jeder Erneuerung des Ausgleichs Konzessionen auf Kosten Österreichs und des Gesamtstaats einzuhandeln pflegte. Für solche wird der jetzige Reichsrat schwerlich zu haben sein — die Christlich-Sozialen waren immer dagegen —, eher wird er der Regierung den Rücken steifen gegen das übermütige, verwöhnte und verhätschelte, niemals zu befriedigende Magyarentum, das es nun obendrein kaum wird vermeiden können, auch für das eigne Parlament in Budapest, wo unter liberalen Formen der magyarische Adel herrscht, das allgemeine Wahlrecht einzuführen und damit den ungarländischen Nationalitäten trotz aller Wahlkreisgeometrie endlich die Möglichkeit zu geben, sich Gehör zu verschaffen.

Staatsgesinnung. Mitte des nächsten Monats wird die Haager Konferenz zusammentreten. Die beteiligten Diplomaten und Juristen sind wohl eben dabei, sich auf die Aufgabe, die sie erwartet, vorzubereiten. Der Haag jedoch ist nicht der einzige Schauplatz des bevorstehenden Kampfes, und Diplomaten und Juristen sind nicht die einzigen Kämpfer.

So weit es sich im Haag um politische Fragen, nicht nur um eine Fortbildung des Völkerrechts nach Art einer erweiterten Genfer Konvention handelt, ist ihr Kernpunkt der Kampf um die Sympathien der öffentlichen Meinung. Es scheint, als wäre der Kampfpfeil der Ruhm der größten Friedensliebe, als wolle der eine dem andern die Verantwortung dafür, daß unmögliches unmöglich bleibt, aufbürden. In den jüngsten Reden der führenden Staatsmänner Europas ist ja schon so etwas wie ein Aufmarsch zu dem bevorstehenden Gefecht zu erkennen. Während man von der einen Seite durch die Sentimentalität der Friedensfreunde und durch gewisse Abneigungen realer Gedanken nicht fähiger Steuerzahler zu wirken trachtet, stützt man sich auf der andern auf den guten Eindruck, den Ehrlichkeit und Vermeidung von Heuchelei auf die Vernunft und reales Denken ausüben müssen. In der internationalen Politik unsrer Zeit ist — durch eine Reihe ziemlich einfacher historischer Entwicklungen — die öffentliche Meinung ein wichtiger Faktor geworden. Die Presse liebt es ja, die Wichtigkeit dieser Rolle mit besonderem Nachdruck zu betonen. Aber man sollte von Zeit zu Zeit bedenken, daß eine so wichtige Rolle nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten in sich einschließt. Es gibt eben

Fälle, wo die Vertreter und Leiter der öffentlichen Meinung auf dem Theater der internationalen Politik nicht nur Zuschauer sondern auch Akteure sind. Der Akteur verkörpert aber notwendigerweise — wenigstens für die Dauer der Aufführung — einige von den in Deutschland so sehr geschätzten Rechten des Zuschauers. Wenn in der russischen Zirkularnote zur Haager Konferenz England und Spanien auf der einen Seite ihren Abrüstungsvorschlag, Rußland, Österreich-Ungarn und Deutschland ihren Vorbehalt, ihn zu diskutieren, zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht haben, wenn einige Wochen später von der Tribüne des Reichstags der Reichskanzler unsere moralische Position dargelegt und begründet, und darauf der englische Premier in einer Rede seinen Standpunkt verteidigt hat, so sind das nur die Signale der in einer Schlacht kommandierenden Generale, Signale, die wirkungslos bleiben, wenn ihnen folgend sich nicht die Soldaten in Bewegung setzen, sich entwickeln oder feuern.

Das Heer aber, das die eigentliche soldatische Schlacht schlägt, ist die Presse.

Daß unsere Presse in diesen ihren Qualitäten der Presse des Auslandes nicht immer ebenbürtig ist, ist eine bedauerliche, aber trotz vieler und wesentlicher Bestrebungen immer noch wahre Tatsache. Es hängt das wohl mit einer Reihe von Gründen zusammen, alten leidigen deutschen Angewohnheiten oder Anlagen. Wenn sich auch in den letzten Jahrzehnten viel geändert hat, und wenn sich eine Reihe der großen und auch kleinerer Zeitungen nicht nur der Rechte sondern auch der Pflichten der öffentlichen Meinung bewußt ist, so ist doch die Anschauung, daß der Journalist nicht nur Zuschauer und Kritiker, sondern auch mitspielender Akteur ist, bei uns nicht in gleichem Grade wie in England oder Frankreich durchgedrungen. Zur Zeit des Burenkrieges hat einer der Führer des Anti-Englanddrummels eine gewisse Anschauung mit folgenden prägnanten Worten zusammengefaßt: Es ist unser Recht, auf England zu schimpfen; Aufgabe der Regierung ist es, dafür zu sorgen, daß kein Schaden daraus entsteht. Es ist kaum möglich, einen präzisen Ausdruck zu finden für eine gewisse unter Deutschen ureingesehene Anschauung vom Verhältnis des Privatmannes zum Staate — man müßte denn so weit gehn und den Staat eine Institution nennen, deren Zweck es ist, dem Bürger eine angenehme Gelegenheit, zu schimpfen, zu geben. Über deutsche Kritiksucht und Doktrinismus ist genug geschrieben worden: sie werden sich schwerlich ändern. Aber vielleicht kann man hoffen, daß sich, da das Deutsche Reich ja noch ein junger Staat ist, im Laufe der Zeit etwas von jener „Staatsgefinnung“ herausbildet, der das heutige England einen Teil seiner wichtigsten Erfolge verdankt. Das Wort wird wenig gebraucht, in Deutschland nicht, weil Selbstverständlichkeiten keiner man damit bezeichnen soll, in England nicht, weil Selbstverständlichkeiten keiner Worte bedürfen. In Deutschland sollte man sich bemühen, dies Wort so „be- deutend“ als möglich auszusprechen. Novalis hat einmal gesagt: Jeder Engländer ist eine Insel. Dieser Satz läßt ja, wie alle guten Sätze, eine Reihe verschiedener Interpretationen zu. Man kann unter anderm aus ihm herausholen, daß jeder Engländer ein kleines England ist, ein Spiegelbild der Idee seines Staates. In dem Bewußtsein jedes einzelnen ist das ganze des Staates, dem er angehört, jederzeit enthalten. Es ist das nicht eine Art Patriotismus, die sich immer selber feiert und Kadavou und Pathos nötig hat, sondern ein stilles Gefühl einer ideellen Gemeinschaft mit der Staatsidee: Staatsgefinnung. Diese Staatsgefinnung ist die notwendige Ergänzung des Individualismus, die Überzeugung, daß der Mensch nur zum einen Teil ein auf sich selbst gestelltes und sich selbst genügendes Individuum, zum andern Teil Mitglied eines Organismus ist, und daß es Gebiete, Handlungen, Vorkommnisse gibt, bei denen der zweite Teil nicht nur infolge äußerer Umstände, sondern durch innere Logik ohne Konflikt mit einer gewissen unbewußten Selbstverständlichkeit über dem ersten steht. Soweit besteht die antike Staatsauffassung trotz aller Theorien der gänzlich unpolitischen Aufklärungszeit auch heute

noch zu recht. Jeder Engländer ist eine Insel — und weil er eine Insel ist, ist er, ohne es zu wollen oder zu wissen, gegenüber dem Ausländer immer ein Agent seiner Regierung.

Dem Engländer ist die Empfindung, die viele Deutsche gegenüber der Regierung haben, schwer verständlich. Es hat sich bei uns als Überbleibsel der Zeit, wo Deutschland ein Konglomerat absolutistischer Kleinstaaten war, die Anschauung erhalten, als existiere ein natürlicher und innerer Dualismus und Gegensatz zwischen Volk und Regierung, als repräsentiere das erste gleichsam das gute, das letzte das böse Prinzip an sich. Diese Anschauung, die in der Zeit, als Emilia Galotti oder Rabale und Liebe gedichtet und umjubelt wurden, entschuldbar war, ist zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts zur Zeit großer und geschlossener Interessentkörper und nationaler Staaten lächerlich geworden. Trotzdem übt diese Anschauung, auch wenn sie nackt und in prinzipieller Schärfe nicht mehr verteidigt wird, noch mancherlei Wirkung aus und bleibt noch in mancherlei Verkleidung lebendig. Man hört nicht allzu selten gegenüber Zeitungen und Journalisten, die in irgendeiner Frage vor dem Auslande eine bestimmte, der allgemeinen politischen Haltung des Landes angepaßte Stellung einnehmen, oder im Geburtstag eines Souveräns, in der Taufe eines Thronfolgers eine Gelegenheit zu freundlichen Worten an das betreffende Land oder die betreffende Dynastie sehen, den verächtlichen Vorwurf laut werden, sie seien abhängig von der Regierung. Das ist dumm. Niemand wird dem Engländer in der Presse oder im Auslande, der alles verschweigt, was seine Heimat diskreditieren, und sehr viel sagt, was ihr nützen kann, vorwerfen, er sei abhängig von der Regierung. Wer von der Presse fordert, sie solle dem Auslande gegenüber die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit jedes Artikels bedenken, läßt die Unabhängigkeit des Individuums von der Regierung unangetastet und das Recht auf Kritik uneingeschränkt. Die publizistische Kritik in England ist gewiß frei, aber sie hat eine gewisse taktische Geschmeidigkeit, die durch die Wahl des Zeitpunktes und der Tonart die Pflicht, dem Auslande gegenüber das Gesicht zu wahren, niemals verlegt und niemals dem Gegner Waffen gegen das eigne Land in die Hand gibt.

Die Kunst einer solchen Geschmeidigkeit der Kritik ist nicht überall in Deutschland zu Hause. Der Deutsche hat ein gewisses Bedürfnis, gegenüber den kleinern und weniger geordneten Staaten der östlichen Halbinsel, des Balkans oder Südamerikas einen überlegenen, hochmütig belehrenden, hie und da spöttischen Ton anzuschlagen. Wenn die Zeitungen den Wunsch haben, ihre Leser über die Verhältnisse in diesen Ländern, die Ursache geringer Prosperität oder großer Unordnung zu unterrichten, so haben sie doch nicht nötig, statt ruhig sachlich zu sein, persönlich verletzende oder ironische Wendungen zu gebrauchen, oder wenn sie auch dies als notwendige oder erlaubte Bewegungsfreiheit ansehen, so mögen sie sich zu solchen Belehrungen wenigstens nicht die Geburts- oder Jubiläumsteste der Herrscher usw. herausuchen. In dieser Beschränkung braucht nicht die geringste Heuchelei zu liegen. Niemand mutet dem Deutschen zu, das gallische Vorbild nachzuahmen und bei einem Jubiläum Venezuelas zu reden von dem *peuple petit mais noble parmi tous dont le génie sublime fait l'objet de notre profonde admiration*. Das mag dem Romanen ganz gut anstehen, kleidet den Deutschen aber schlecht.

Als Fürst Bülow vor kurzer Zeit im Reichstage seine nach Form, Inhalt und Zweck ausgezeichnete Rede über die Abrüstung hielt, standen die Parteien in dem Bewußtsein, daß sich in diesem Augenblick die Augen der gesamten politischen Welt auf die Haltung des Reichstags richteten, geschlossen hinter ihm. Der Eindruck im Auslande zeigte den Erfolg. „Deutschland ist einig!“ hieß es. Diese Haltung der Parteien war der Resonanzboden, der die Wucht und die Tragweite der Kanzlerrede erhöhte. Der Presse fiel bei diesem politischen Akt eine sehr wesentliche Aufgabe zu. Die großen Blätter haben sich dieser Aufgabe mit Geschick und Verständnis für die

Situation entledigt und gezeigt, wie sehr sich der politische Takt unserer Presse in der letzten Zeit gehoben hat. Und doch konnte man auch hier bei gewissen, wenn auch nicht bei vielen Pressorganen die Beobachtung machen, daß sie diese Reichstagsdebatte auffaßten, wie der Theaterkritiker einer kleinern deutschen Stadt eine Vorstellung, und mehr Gewicht darauf legten, zu erzählen, ob der Kanzler wohl aussah, müde war oder etwa gähnte, als den Eindruck einer wichtigen Kundgebung als Mitwirkende vor dem Auslande zu verstärken und zu verdichten. Daß ein alter Parlamentarier wie Konrad Haussmann, trotzdem seine eignen Parteigenossen ihm mit einem sofortigen Desaveu drohen, um seiner Freundschaft mit ein paar Abrüstungsidealisten willen die Gelegenheit nicht versäumen will, zu erklären, man sollte trotz allem an der Diskussion über die Abrüstung teilnehmen, mag verwunderlich sein, braucht aber bei der Geschlossenheit aller übrigen bürgerlichen Mitglieder des Reichstags nicht tragisch genommen zu werden.

Zur Zeit der Haager Konferenz wird die deutsche Presse ja zeigen, was sie als Schauspieler, nicht als Zuschauer auf dem politischen Theater leisten kann.

Vielleicht erfordert die aktive Politik überhaupt Eigenschaften, die im allgemeinen dem deutschen Volkscharakter ferner stehen als dem englischen. Man hat die Politik als die Kunst der Beherrschung bezeichnet.

Beherrschung bedeutet eine Disziplin der Zweckmäßigkeit, die den ganzen Menschen, seine Worte und Bewegungen im Zaume hält. Die Vollkommenheit, in der der Engländer diesen Typus zu erreichen vermag, wird der Deutsche im allgemeinen niemals erlangen können. Wir müssen uns damit trösten, daß dieses Unvermögen untrennbar mit den größten und schätzenswertesten Eigenschaften des deutschen Volkes verbunden ist, und daß, was politisch vielleicht von Nachteil ist, kulturell eine der wesentlichsten Grundlagen unserer Größe bedeutet.

Rudyard Kipling im Roman. Der diesjährige Goncourtpreis der Académie des dix ist den Brüdern Jérôme und Jean Tharaud, zwei bis jetzt unbekanntem Autoren, für ihren Roman Dingley, l'illustre écrivain zugeteilt worden. Unabhängigkeit und Eigentümlichkeit in Gedanken und Stil war von den Brüdern Goncourt für den Preisroman vorgeschrieben worden; sie findet sich in dem Roman der Brüder Tharaud, obwohl er ein Schlüsselroman ist. Denn Dingley, der berühmte Schriftsteller, ist kein anderer als der imperialistische Schlachtenlieder- und Dichtungsdichter Rudyard Kipling. Der Inhalt des Romans ist nun, was in unserer kolonialerregten Zeit auch deutsche Leser besonders interessieren wird, folgender: Dingley war in Zeiten des Niedergangs geboren, wo die Sinne der Menschen sich nicht viel von denen wilder Tiere unterschieden. Er hatte den Ruhm in einem Alter kennen lernen, wo der Mann in seiner Kraft ganz davon erfüllt ist, ihn zu lieben; jetzt aber, wo er die Vierzig erreicht hatte und fürchten mußte, sein Ruhm sei nur von heute und habe kein Morgen, schaute er nach etwas aus, was ihm Dauer im Andenken seiner Landsleute schaffen möge. Wie Disraeli geht er aus, das Reich auszubauen — nach Südafrika, sich einbildend, Soldaten der Königin würden daselbst zu Helden traintert, nachdem sie durch Branntwein und Verprechungen der Werber aus dem Schlamm gelockt und in den Rock der Königin gesteckt waren. Vergeblich versucht Mrs. Dingley, eine Amerikanerin französischer Abkunft, mit ererbtem natürlichem Verstand, ihrem Gatten Furcht vor dem Auftreten als Apostel für einen selbstsüchtigen rücksichtslosen Imperialismus einzuflößen. „Vergiß nicht die Bäume und die Tiere“, sagt sie. Aber Dingley gibt nicht nach, und mit Weib und Kind macht er sich auf nach Südafrika. Nur solche Dinge haben unterwegs noch Einfluß auf ihn, die imperialistische Gedanken nähren; denn nichts steht ihm höher. Vergeblich macht O'Reilly, der da unten mitgekämpft hat, ihn darauf aufmerksam, daß die brausendste Kavallerieattacke nur eine von dem

Instinkt der Selbsterhaltung eingegebene „Flucht nach vorwärts“ sei; vergeblich ist Dingleys Besuch auf dem Transportdampfer *Vulture* mit den heimwehkranken Männern und den Pferden in ihren ekelerregenden Ständen: fangen doch dieselben Männer an, seine eignen Kriegslieder zu singen! Daß Jérôme und Jean Tharaud Franzosen sind, merkt man an dem Einfluß, den in ihrem Roman ein Hindu-mädchen, das Dingley früher aus einer Opiumhöhle aus Kalkutta weggenommen hatte, auf den illustre écrivain ausübt; sie rezitiert ihm Legenden aus der Frühzeit der Menschheit in hieratischen Posen und feierlichem Schmuck und facht damit die ideale Flamme an, die die Schatten der Wirklichkeit auslöscht. Die Begegnung mit einer großen englischen Schlachtschiffflotte macht Dingley vollständig zum Herold von Englands Macht und Stärke. Von der Kapstadt eilt Dingley nach der Front, während Frau und Söhnchen in einer Familie von Afrikanern bleiben, in der die Großmutter, eine Kap-Pionierin, innerlich die eroberungssüchtigen Engländer haßt, der Vater ein loyaler Untertan der Königin von England ist, während der Sohn, der in Oxford studiert hat, auf der Seite der Buren kämpft. Der kleine Dingley wird von den Miasmen der Konzentrationslager — wir hatten diese Schreckenlager schon vergessen; sonst hätten wohl selbst die Sozialdemokraten den Tod von 1200 Hottentotten in einem solchen nicht als Anklagepunkt aufnehmen können, à la guerre comme à la guerre — schwer krank; und der Dichter kann dank dem Afrikanersohn, der ihn zum Gefangnen gemacht hatte, rechtzeitig an das Krankenlager seines Kindes zurückkehren. Ganz in Goncourtschem naturalistischem Stil ist die furchtbare Nacht geschildert, in der Dingley in Todesängsten in Bloemfontein auf Weiterbeförderung warten muß. Das Söhnchen stirbt, Dingley fällt noch tiefer in die Arme des Imperialismus, während sein Weib untröstlich allein bleibt. Der Afrikanersohn wird mit den Waffen in der Hand von den Engländern gefangen genommen: aber nicht die flehentlichen Bitten der Großmutter und des Vaters noch die des eignen Weibes, auch nicht die Erinnerung an die ihm im eignen Mißgeschick erwiesene Wohlthat können Dingley bewegen, für das Leben des Gefangnen seinen Einfluß in die Schale zu werfen: der imperialistische Moloch darf seines Opfers nicht beraubt werden. Dingley kehrt später nach London zurück; und vor dem Kinematographen, der die Exekutionsszene zeigt, in der sein Wohltäter erschossen wird, beweist der betäubende Applaus der Briten dem Imperialisten, daß er nun wirklich der erste Romancier im und ganz nach dem Herzen seiner Landsleute ist. n.

